

Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften



46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: KV Hagen
Beschlussdatum: 20.04.2021

Änderungsantrag zu PB.W-01

Nach Zeile 329 einfügen:

Besteuerung im Marktortprinzip

Gute politische Konzepte und Ideen benötigen Geld zur Umsetzung. Die Gestaltung unserer Gesellschaft muss wieder mehr in den Händen der Politik liegen, um sie nicht den multinationalen Konzernen zu überlassen. Wir benötigen Regelungen, die den Verbleib eines angemessenen Anteils an in Deutschland und Europa verdientem Geld in Deutschland und Europa ermöglichen:

Nach französischem Vorbild führen wir eine dreiprozentige Steuer auf den im Land erzielten Umsatz für Unternehmen mit einem weltweiten Umsatz von mehr als 750 Millionen Euro und mindestens 25 Millionen Euro in Deutschland vor.

Begründung

Geld entspricht in der heutigen Welt Gestaltungsspielraum. Die aktuellen Besteuerungssysteme sind immer noch darauf ausgelegt, dass ein Unternehmen ein "Heimatland" hat, in dem eine angemessene Besteuerung zu entrichten ist. Solange es eine gleichverteilung von begünstigenden Elementen gibt, sollten solche Unternehmen in allen Ländern auch gleich verteilt sein. In der heutigen Landschaft entspricht dieser Anspruch aber nicht der Realität.

Neben einer soliden Steuerpolitik für in Deutschland und Europa ansässige Unternehmen, sollte auch für multinationale Unternehmen gelten: Wer Geld in Deutschland und Europa verdient, soll angemessene Steuern zahlen, um die Weiterentwicklung der Gesellschaft und des Gemeinwesens zu ermöglichen.

Der Vorschlag für das Bundestagswahlprogramms geht an mehreren Stellen darauf ein, "wie man der Globalisierung klare Regeln setzt und Tech-Konzerne angemessen besteuert." (S. 6), "dass sich sehr wohlhabende und reiche Menschen und große Konzerne ihrer Verantwortung stärker stellen. Globale Konzerne sollen nicht mächtiger sein als Staaten – es gilt das Primat der demokratischen Politik zu behaupten." (S. 31), und "die Besteuerung von Plastik und Digitalkonzernen und möglichst auch der Finanztransaktionen soll den EU-Haushalt stärken" (S. 46), ohne konkrete Vorschläge dafür zu benennen. Dieser Antrag möchte dafür einen Vorschlag liefern.